



über die **gemeinsame Sitzung**
des **Schul- und Sportausschusses**
und des **Jugendhilfeausschusses**
am Dienstag, 27. Mai 2003
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 15:30 Uhr
Ende: 17:00 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Dyduch
Frau Filthaut
Herr Henning
Frau Jung
Herr Lipinski
Frau Lungenhausen
Herr Rickwärtz-Naujokat

Ratsmitglieder CDU

Herr Hasler
Frau Jacobsmeier
Herr Kissing
Herr Plümpe
Frau Scharrenbach
Herr Weigel

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Brinkmann
Frau Bucek

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD

Herr Ambrosch
Herr Bartosch
Frau Bungter-Striepens
Herr Kohl
Frau Ruf
Herr Voß

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen CDU

Herr Brettschneider
Frau Heidenblut

Sachk. Bürger/Bürgerinnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Goehrke

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen FDP

Herr Mallitzky

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen

Frau Hartmann

Herr Kaczmarek

Herr Schlaweck

Herr Theis

Herr Töpfer

Beratendes Mitglied FDP

Herr Büchel

Beratende Mitglieder

Herr Böcker

Herr Kampmann

Herr Krampe

Frau Schlickhoff

Verwaltung

Frau Böckmann

Herr Brüggemann

Herr Dunker

Herr Flaskamp

Herr Güldenhaupt

entschuldigt fehlten

Frau Bartosch

Herr Bremmer

Herr Brumberg

Frau Diester

Herr Hinterseer

Herr Hoffmann

Herr Kalle

Herr Klein

Frau Dr. Krumme

Frau Lübke

Herr Maidorn

Herr May

Herr Menne

Herr Milewski

Frau Oxe

Frau Slomiany

Herr Suk

Herr Treese

Herr **Lipinski** begrüßte die Mitglieder, die zahlreichen Zuhörer und die Vertreter der Presse. Anträge zur Änderung der Tagesordnung wurden nicht gestellt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde Frau Heidenblut von Herrn Lipinski verpflichtet.

Es sei eine gemeinsame Sitzung des Schul- und Sportausschusses und des Jugendhilfeausschusses einberufen worden, so Her **Lipinski**, um sowohl die Belange der Käthe-Kollwitz-Schule als auch des Jugendfreizeitzentrums zu diskutieren. Die einzelnen Beschlüsse beträfen jedoch nur die jeweiligen Ausschüsse.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Situation Käthe-Kollwitz-Schule	98/2003
2.	Erweiterung Käthe-Kollwitz-Schule	99/2003

A.

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

98/2003

Situation Käthe-Kollwitz-Schule

Herr **Flaskamp** bezog sich auf die Mitteilungsvorlage und erläuterte, dass der Schuleinzugsbereich auch das Gemeindegebiet Bönen umfasse und daher seien auch die Belange der Gemeinde Bönen zu berücksichtigen. Der Raumbedarf der Käthe-Kollwitz-Schule sei unstrittig. Der Rat habe daher im Haushaltsplan 2003 480.000 € für eine Erweiterung der Käthe-Kollwitz-Schule bereitgestellt, gleichzeitig jedoch die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob dieser Betrag durch andere Lösungen zumindest zum Teil eingespart werden kann. Mit dem zuständigen Schulamtsdirektor, der leider heute verhindert sei und daher nicht an dieser Sitzung teilnehmen könne, habe die Verwaltung die Räumlichkeiten des Jugendfreizeitzentrums überprüft und für geeignet beurteilt. Herr Flaskamp erläuterte anhand der Mitteilungsvorlage nochmals die Gründe für eine temporäre Nutzung der Jugendfreizeitzentrums durch die Käthe-Kollwitz-Schule. Sollte sich herausstellen, dass ein entsprechender Raumbedarf über das Jahr 2006 hinaus bestehe, so müsse eine neue Regelung getroffen werden. Sollte der Schul- und Sportausschuss dem vorliegenden Beschlussvorschlag folgen, so werde die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Schulleiter den Umbaubedarf ermitteln und den benötigten Finanzaufwand zur nächsten Ratssitzung vorlegen.

Frau **Dyduch** wies daraufhin, dass eine gemeinsame Sitzung einberufen wurde, da die Interessen der Schule und der Jugendarbeit betroffen seien. Die Schule habe einen berechtigten Raumbedarf angemeldet und für das Jugendfreizeitzentrum wünsche die SPD-Fraktion eine zeitliche Befristung der Nutzung der Räumlichkeiten durch die Schule. Die finanziellen Möglichkeiten der Stadt seien begrenzt und es müssten daher neue Wege gesucht werden. Es gehe hier auch um ein deutliches Signal für oder gegen die Jugendarbeit in Heeren-Werve, im Zusammenhang mit der temporären Nutzung.

Die CDU-Fraktion, so Frau **Scharrenbach**, habe die gemeinsame Sitzung eingefordert, um auch die Zukunft der Käthe-Kollwitz-Schule zu diskutieren, insbesondere auch die Vor- und Nachteile einer Ganztagschule. Die Vorlagen der Verwaltung seien unvollständig. Es fehle eine Kostenschätzung und Aussagen zu einem jugendpolitischen Konzept. Die Grundlagen für einen Beschluss lägen nicht vor. Es sei nicht einzusehen, dass zunächst der Beschluss gefasst werden soll und erst anschließend die Schule einbezogen werde. Die Schülerzahlen würden sich nicht wesentlich verändern.

Der Schulversuch „Förderschule“, so Herr **Flaskamp**, sei abgeschlossen. Es lägen jedoch noch keine Entscheidungen vor. Die Landesregierung habe signalisiert, dass Anträge für die Errichtung von Ganztagschulen derzeit abgelehnt würden, da die entsprechenden Mittel nicht vorhanden seien. Er werde mit dem Schulleiter und der Schulaufsicht eine Begehung durchführen und die Wünsche der Schule entgegennehmen. Dabei sei zu berücksichtigen, dass die Nutzung nur temporär erfolgen soll und die Räume anschließend wieder dem Jugendbereich zugeführt werden sollen. Anschließend erfolge eine Kostenschätzung.

Er, so Herr **Goehrke**, halte die Begründung für ausreichend. Die Schule benötige Räume. Entgegen der demographischen Entwicklung habe die Schule ständig neue Schüler erhalten. Gleichzeitig sei die Schule jedoch im Umbruch und eine temporäre Nutzung sinnvoll.

Herr **Flaskamp** wies nochmals darauf hin, dass zum 1. Februar 2003 die Schule für Erziehungshilfe für die Sekundarstufe I errichtet wurde und dieses wirke sich auf die Schülerzahl der Käthe-Kollwitz-Schule aus.

Die Käthe-Kollwitz-Schule, so Herr **Kampmann**, sei in den vergangenen Jahren sehr kompromissbereit gewesen. Die Schule habe z. B. seinerzeit auf die Pavillons verzichtet. Obwohl die Schule dann durch eine Hauptverkehrsstraße getrennt werde, sei sie bereit die Räume des Jugendfreizeitzentrums zu nutzen, vorausgesetzt, die Räumlichkeiten würden optimal für schulische Zwecke hergerichtet. Die Schulkonferenz werde nochmals beteiligt. Er gab jedoch zu bedenken, dass der Raumbedarf langfristig bestehe. Seiner Ansicht nach sinke die Schülerzahl auf Grund der demographischen Entwicklung um max. 20 Schüler. Anschließend führte Herr Kampmann ausführlich die schulischen Entwicklungsmöglichkeiten bezüglich einer Förderschule, Integrativen Beschulung und Ganztagschule aus.

Herr **Lipinski** wies auf die Redezeitbegrenzung der Geschäftsordnung hin.

Herr **Hasler** führte aus, dass für den schulischen Umbau des Jugendfreizeitzentrums und auch für den Rückbau Mittel aufgewendet werden müssten. Er halte dieses mit Blick auf die finanzielle Lage der Stadt für verantwortungslos.

Herr **Flaskamp** entgegnete, dass der Rat die Verwaltung beauftragt habe, die bereitgestellten Mittel möglichst einzusparen. Es müsse nicht alles wieder zurückgebaut werden. Die Verwaltung beabsichtige die Kosten möglichst gering zu halten. Wenn dem vorliegenden Beschlussvorschlag nicht gefolgt werde und keine temporäre Nutzung erfolge, so müssten Container aufgestellt werden und dieses werde vermutlich noch teurer.

Seiner Ansicht nach, so Herr **Goehrke**, werde der Schule mit dem Vorschlag der Verwaltung am ehesten geholfen. Der Zeitrahmen sei eventuell zu knapp bemessen und es solle eine mögliche Verlängerung vereinbart werden. Der Jugendarbeit werde nicht entscheidend geschadet.

Herr **Brüggemann** wies darauf hin, dass auch die Interessen des Jugendfreizeitzentrums und der ev. Kirche zu berücksichtigen seien, die von einer temporären Nutzung bis 2006 ausgingen. Jugendpolitisch sei dieses vertretbar.

Frau **Scharrenbach** wies nochmals darauf hin, dass wesentliche Informationen, wie z. B. die Höhe der zu erwartenden Kosten und eine mögliche Schulentwicklung, für einen Beschluss nicht vorlägen und schlug vor, die Entscheidung zurückzustellen. Vor den Sommerferien sei eine weitere Ratssitzung terminiert.

Herr **Flaskamp** wiederholte, dass Anträge an die Landesregierung auf Einführung einer Ganztagschule abgelehnt würden und für die anderen Modelle die Grundlagen fehlen. Die Räume seien geeignet. Es solle die Entwicklung abgewartet werden.

Herr **Kampmann** entgegnete, dass Anträge auf Einrichtung von Ganztagschulen bewilligt würden. Die Bezirksregierung wünsche sich Anträge von Schulträgern. Die Käthe-Kollwitz-Schule könne mit den Räumen des Jugendfreizeitzentrums leben, wenn die umgebauten Räume dem Standard eines Neubaus entsprächen und die Nutzung dauerhaft sei.

Die Käthe-Kollwitz-Schule, so Herr **Hasler**, könne nicht hinnehmen, dass sie provisorisch untergebracht werde. Vor einer Beschlussfassung solle zunächst die Zustimmung der Schule abgewartet werden.

Frau **Dyduch** wies darauf hin, dass die SPD-Fraktion einen Beschluss fassen wolle. Der Kooperationsvertrag mit der ev. Kirche käme nur zustande, wenn die zeitliche Befristung festgelegt werde.

Herr **Lipinski** schloss die gemeinsame Sitzung und eröffnete die Sitzung des Schul- und Sportausschusses.

Zu TOP 2.

99/2003

Erweiterung Käthe-Kollwitz-Schule

Beschlussempfehlung:

Der Käthe-Kollwitz-Schule wird ein Teilbereich des Jugendfreizeitzentrums in Heeren-Werve temporär als Schulraum zur Verfügung gestellt.

Aus diesem Grunde wird zurzeit auf einen Anbau an der Schule verzichtet.

Abstimmungsergebnis: bei 6 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

gez. Lipinski
Vorsitzender des
Schul- und Sportausschusses

gez. Dyduch
Vorsitzende des
Jugendhilfeausschusses

gez. Güldenhaupt
Schriftführer